

"Wir haben noch nicht geklärt, was wir eigentlich wollen und wofür wir kämpfen"

Die 'internen Probleme' der URNG sind in letzter Zeit in aller Munde (und haben seit letzter Woche noch eine weitere Dimension erhalten, siehe Artikel in diesem Fijáte). Der Begriff 'interne Probleme' wurde von aussen definiert, die URNG selber hat lediglich dazu Stellung genommen. Einer, der erstaunlich offen darüber spricht, ist Jorge Soto (ehemals Pablo Monsanto, von den *Fuerzas Armadas Rebeldes*, FAR). Wir veröffentlichen ein Interview mit ihm, das am 22. Oktober in der Tageszeitung *El Periódico* erschienen ist.

Frage: Was ist los innerhalb der URNG, weshalb herrscht so viel Unzufriedenheit unter Ihren Leuten?

Pablo Monsanto: Die Partei URNG hat sich aus den vier Guerillaorganisationen zusammengeschlossen. Während des Krieges hat jede im nationalen Interesse gekämpft, aber jede aus eigenen Gründen und mit eigenen Zielen. Diese wurden gegenseitig nicht hinterfragt, der gemeinsame Nenner war der Kampf gegen den Gegner. Heute gibt es diesen gemeinsamen Gegner nicht mehr so wie früher, sondern wir müssen gegen politische GegenspielerInnen antreten. Und nun müssen wir auch die Probleme ansprechen, über die wir jahrelang nicht geredet haben und das schafft eine Stimmung des Unbehagens.

Frage: Aber weshalb gerade jetzt, die Partei existiert doch immerhin seit bereits vier Jahren?

Monsanto: Unser Kriterium war immer, dass sich die Probleme in der Praxis lösen sollten und nicht durch Debatten, die oft unendlich lang und unfruchtbar sind. Wir hatten immer Angst davor, in diese Art Diskussionen zu verfallen, da wir fürchteten, dass sie andere Aktionen blockieren würden, die wir als Partei unternehmen mussten.

Frage: Ist es Unfähigkeit oder mangelnde Reife?

Monsanto: Diese Form von Organisation, die von einigen unserer Leute immer noch praktiziert wird, entspricht eher dem Konzept einer Kriegssituation und nicht der neuen politischen Realität. Eines der Probleme ist die unterschiedliche Auffassung von Demokratie. Einige denken, dass 'Demokratie ausüben' einzig darin besteht, mehr Leute in Entscheidungspositionen zu haben. Wenn das alles wäre, würde es genügen, Leute zu ernennen, damit sie sich beteiligen. Für mich bedeutet aber Demokratie, dass diejenigen, die Entscheidungspositionen besetzen, gewählt werden und nicht einfach ernannt. Dies ist nur ein Beispiel

von unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der URNG, die es zu klären gibt.

Frage: Was verstehen Sie unter gewählt? Gewählt von der Basis oder von der Parteiführung?

Monsanto: Da sind wir schon beim nächsten Problem. Die legale Struktur unserer Partei erlaubt nicht die Teilnahme all jener, die früher Mitglieder der URNG waren. Es gibt eine grosse Anzahl von *Compañeros* und *Compañeras*, die Militante der URNG waren, jetzt aber ausgeschlossen sind, weil sie nicht einem unserer lokalen Parteibüros angeschlossen sind, keiner vom Exekutivkomitee (CEN) ernannten Struktur angehören und keinen Ort haben, wo sie ihre Vorschläge oder Ansichten deponieren können.

Unsere interne Demokratie ist sehr bürokratisch. Wir müssen eine Lösung finden, wie wir alle Militanten unserer Partei teilnehmen lassen können. Mein Vorschlag ist, mehr als den einen, vom Wahlgesetz verlangten, Parteikongress durchzuführen. Damit wäre Zeit und Raum vorhanden, die politische und ideologische Linie unserer Partei zu diskutieren und zu definieren.

Die Diskussion pragmatischer Fragen wird innerhalb der URNG vermieden. Oft wird die 'offizielle' Meinung der Partei in der Presse veröffentlicht, doch die Basis ist nicht damit einverstanden und akzeptiert sie nicht. Die Friedensabkommen können nicht das einzige Programm der URNG sein. Sie sollen der Entwicklung des ganzen Landes dienen, dürfen aber nicht von einer Partei als ihr Programm übernommen werden.

Frage: Was ist denn das Programm der URNG?

Monsanto: Das müssen wir erst definieren. Es muss auch das Programm der guatemaltekischen RevolutionärInnen definiert werden, ebenso die Frage, wie sie

mit der Macht umgehen wollen. Auch in diesen Punkten sind wir uns nicht einig.

Frage: Dann ist logischerweise auch die Ideologie noch nicht definiert...?

Monsanto: Das ist sehr diffus. Es ist nicht klar definiert, welche Ideologie wir vertreten. Wenn man ein Mitglied der Parteiführung fragt, wie wir uns definieren, ist die Antwort nicht "Wir sind SozialistInnen" oder "Wir sind SozialdemokratInnen" oder einfach "Wir sind RevolutionärInnen", weil es eine solche Definition der URNG nicht gibt.

Wenn wir es schaffen, ein Parteiprogramm zu definieren, glaube ich auch, dass wir viel konkreter zu den Problemen unseres Landes Stellung nehmen können. Bis jetzt hat die URNG zu den brisanten Fragen geschwiegen und keine Position bezogen. Wir haben oftmals zu Themen auch deshalb keine Stellung bezogen, weil wir tatsächlich keine ideologische und politische Position gegenüber dem Neoliberalismus haben.

Ein weiteres Problem ist der wahlpolitische Kampf. Wie wollen wir in den nächsten Wahlkampf einsteigen, an die Macht kommen und unser (noch zu definierendes) Parteiprogramm durchsetzen? Auch in dieser Frage hat die URNG keine Strategie. Wir haben noch nicht geklärt, was wir eigentlich wollen und wofür wir kämpfen. Wir haben uns immer "RevolutionärInnen" genannt und es gibt viele unter uns, die sich fürchten, das Wort "Sozialismus" auszusprechen.

Frage: Weshalb seid Ihr nicht weitergekommen? Aus Nachlässigkeit?

Monsanto: Es ist nicht Nachlässigkeit, es geht um praktische, reale Probleme: Als wir mit dem Aufbau der Partei begonnen hatten, unterstützten uns etwa hundert professionelle Fachleute, heute haben wir nur noch Unterstützung von weniger als fünfzehn. Die einzigen, die eine Art Entgelt bekommen, denn einen Lohn kann man das nicht nennen, sind diejenigen, die in den Parteibüros arbeiten.

Der wichtigste Aspekt der Wiedereingliederung (auch eine Sache, die wir uns zuwenig überlegt haben) ist, dass es zum Überleben eine Arbeit braucht. Wer damit beschäftigt ist, hat keine Zeit mehr, sich der Parteiarbeit zu widmen, ausser vielleicht einmal an einem Wochenende. Die finanziellen Probleme werden zu einer wichtigen Einschränkung der politischen Arbeit. Es geht

nicht um Nachlässigkeit, sondern es ist ein grundsätzliches, politisches Problem. Viele Fragen werden innerhalb der Partei nicht ausführlich behandelt, weil sie auch in den Köpfen der GenossInnen nicht klar sind.

Frage: War die Parteiführung nicht in der Lage, diese Fragen zu klären...?

Monsanto: Da die grundsätzlichen Probleme nicht geklärt sind, beschränkt sich die Parteiführung auf die Lösung der praktischen Probleme. Sie vermeidet es, grosse Brocken anzupacken. Was sich meiner Meinung nach baldmöglichst definieren muss, ist eine Position gegenüber der Regierungspolitik, gegenüber den andern politischen Parteien, gegenüber der Mainstream-Presse. Es geht dabei um eine Frage der Allianzen.

Die Parteiführung hingegen beschränkt sich auf die Lösung der Alltagsprobleme und darauf, eine Vermittlerposition zwischen der Regierung und der Gesellschaft einzunehmen.

Frage: Ist es nicht so, dass alle Probleme, die Sie erwähnen, im Grunde mit dem Sektierertum zu tun haben, das schon immer ein Merkmal der Guerillaorganisationen war?

Monsanto: Sektierertum ist immer subjektiv und führt meist zur Isolation. Es ist etwas, dass sich immer in gewissen parteipolitischen Kreisen ergibt. Es gab immer schon konjunkturelle Positionen und strategische Positionen. Aber es geht darum, weder der einen noch der andern zu verfallen. Um Position in einer bestimmten Konjunktur zu beziehen, braucht es ein strategisches Ziel. Einer konjunkturellen Entwicklung nachzuhängen, ohne strategische Ziele zu verfolgen, kann der Untergang einer Partei sein.

Frage: Vielleicht wiederhole ich mich, aber: Warum ist ein Mangel an interner Demokratie, an fehlender politischer Positionierung in Bezug auf die Probleme des Landes vorhanden?

Monsanto: Es ist das Fehlen eines klaren Horizontes, eines definierten Weges. Manchmal sitzen wir (das Exekutivkomitee der URNG) in endlosen Sitzungen und diskutieren interne Parteiprobleme, während auf der Strasse die Bevölkerung am demonstrieren ist.

Manchmal ist es unheimlich schwierig, eine Einigung zu finden, weil wir uns, wie schon gesagt, nicht einig

sind, was der Begriff 'Demokratie' für unsere Partei bedeutet.

Frage: All diese Probleme, die Sie hier erwähnen - weiss die Basis davon?

Monsanto: Nein, denn es gibt keine funktionierenden Kommunikationswege. Ich treffe mich monatlich mit den Departementsverantwortlichen und informiere sie über die Themen, die auf nationaler Ebene diskutiert werden. Aber es hat sich klar gezeigt, dass diese monatlichen Treffen nicht ausreichen.

Auch auf dieser Ebene wird nicht mit der uneingeschränkten Offenheit und Ehrlichkeit informiert. Dies, obwohl wir seit einem Jahr eine spezielle Kommission für organisatorische Angelegenheiten haben, die ein Kommunikationssystem zu den einzelnen SekretärInnen der Partei entwickelt hat. Leider hat diese Kommission bisher in ihrer Arbeit versagt.

Frage: Aber das ist doch ein praktisches Problem: Wenn eine solche Kommission nicht funktioniert, kann sie nicht einfach ausgewechselt werden?

Monsanto: Eine solche Struktur innerhalb der URNG auszuwechseln zieht politische Probleme nach sich, denn auch innerhalb der Kommissionen sind verschiedene politische Positionen anzutreffen. Auch da ginge es darum, solche Kommissionen auf einem demokratischen Weg zu wählen, und nicht von der Führungsspitze zu ernennen.

Frage: Wenn solche Fragen innerhalb der Parteispitze diskutiert werden, geht es da ehrlich und offen zu und her, oder sind die einzelnen VertreterInnen auch 'diplomatisch' in ihren Statements?

Monsanto: Es wird versucht, aber es kann nicht gesagt werden, dass Offenheit herrscht in unseren Diskussionen. Dieses Misstrauen hat seine Wurzeln in der Geschichte der URNG. Und solange dieses Misstrauen herrscht, können alle andern Probleme nicht angegangen werden.

Frage: Das Sektierertum habt ihr in den letzten dreissig Jahren nicht überwinden können, wie sollte dies in ein paar Monaten möglich sein?

Monsanto: Es ginge ja nur darum, Normen und Regeln aufzustellen, an die wir uns parteiintern halten könnten.

Frage: Um einen Prozess in Gang zu bringen, wie Sie sich ihn vorstellen, bräuchte es jemanden, der oder die ihn anführt. Haben Sie eine Idee, wer das sein könnte?

Monsanto: Ich selber habe mich angeboten, diesen Prozess zu leiten. Dies bedeutet in erster Linie, mit vielen GenossInnen darüber zu diskutieren, was der Begriff 'Demokratie' für sie bedeutet.

Frage: Um einen solchen Prozess zu leiten, braucht es einen engen Bezug zur Basis. In Ihrem Fall hat es viel Kritik gegeben, Sie würden die lokalen

Parteibüros und die ehemaligen KämpferInnen im Stich lassen .

Monsanto: Ich habe es bisher unterlassen, innerhalb der Partei meine eigene Kampagne zu lancieren, ausser, als es darum ging, die Position als Generalsekretär zu erlangen. Es ist unmöglich, eine Kampagne dieser Art zu starten, ohne von der einen oder anderen Seite angegriffen zu werden.

Ich habe an Sitzungen in den verschiedenen Departementen teilgenommen, aber die Diskussionen, die dort geführt werden, sind sehr weit entfernt von den internen Problemen der Partei. Es lag mir dann auch jeweils fern, über diese Probleme zu sprechen. Ich habe es

nicht gemacht, aber ich weiss, dass andere GenossInnen es gemacht haben. Würde ich beginnen, meine eigene Meinung kundzutun, distanzierte ich mich von der offiziellen Position der URNG. Dies würde politische Probleme nach sich ziehen. Wenn ich innerhalb der Partei gewisse Positionen vertreten habe, hiess es oft, "dies ist die Meinung des Generalsekretärs, nicht diejenige des Exekutivkomitees."

Deshalb habe ich aufgehört, innerhalb der Partei meine eigene Meinung zu vertreten. Aber jetzt, wo die Probleme sowieso öffentlich geworden sind, habe ich mir vorgenommen, den Kampf um die Demokratisierung der Partei anzuführen.

Schwere Anschuldigungen gegen Arnaldo Noriega

Guatemala, 3. November. Tagelang berichtete die guatemaltekeische Presse über "Probleme innerhalb der URNG". Dass es dabei unter anderem um sexuellen Missbrauch an einem Mädchen geht, wurde zunächst verschwiegen:

Am 24. Oktober gab Arnaldo Noriega, Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees (CEN) der URNG, an einer Pressekonferenz bekannt, er sei "Opfer einer Konspiration". Diese sei von Celso Humberto Morales (alias *Capitán Tomás*) und Alba Estela Maldonado (alias *Capitán Lola*) lanciert worden, ebenfalls Mitglieder des CEN. Die beiden seien neidisch auf seinen politischen Erfolg, z.B. innerhalb der *Begleitkommis-*

sion der Friedensabkommen, innerhalb der Partei oder als Vertreter der URNG bei den Verhandlungen über das Finanzabkommen, erklärte Noriega.

Diese Verleumdungskampagne würde nun schon zwei Jahre dauern. Seit Beginn sei es ihm ein Anliegen gewesen, die Anschuldigungen aufzuklären. Er habe eine URNG-interne Untersuchung verlangt, was wiederum die Gruppe, die gegen ihn konspirierte, verhindert habe, fuhr er fort.

Kein Wort seinerseits darüber, worum es sich bei den Anschuldigungen überhaupt handelt.

Zwei Tage später fühlte sich dann endlich der Generalsekretär der URNG, Pablo Monsanto, bemüssigt, im Namen der Partei Stellung zu nehmen und sagte auch, worum es ging: Noriega wird beschuldigt, während sieben Jahren die Tochter seiner Lebenspartnerin, ebenfalls eine URNG-Militante, sexuell missbraucht zu haben.

Die Mutter hatte bereits vor zwei Jahren die oberste Führung der URNG gebeten, den Fall vor dem Ehrengericht der Partei zu behandeln. Eine Anzeige wollte sie jedoch nicht machen, "da sie den Fall nicht in die Öffentlichkeit tragen und ihrer Tochter nicht noch mehr Leid zufügen wollte". Nun wurde aber von Morales und Maldonado eine Klage bei der Staatsanwaltschaft eingereicht, welche ausserdem den Fall als Offizialdelikt verfolgen wird.

Arnaldo Noriega leugnete die Tat, erklärte sich jedoch bereit, sich einer Untersuchung zu stellen.

Wie immer in solchen Fällen stehen Aussage gegen Aussage und es soll an dieser Stelle auch nicht darum gehen, über den "Schuldigen" und das "Opfer" zu urteilen. Viel interessanter ist in die-

sem Zusammenhang, wie die Umgebung reagiert:

Die Presse hat endlich etwas, woran sie die 'Krise' innerhalb der URNG festmachen kann. Mitglieder der Partei wollten sich entweder nicht äussern, "solange nichts bewiesen ist" (Rodrigo Asturias alias Gaspar Ilom), oder aber sie spielten die Sache herunter, "das wichtige ist, dass eine Partei fähig ist, die Probleme des Landes zu lösen" (Ricardo Rosales Román). Auch gab es widersprüchliche Meinungen darüber, ob es nun eine "parteiinterne Angelegenheit" sei, oder "ob es eine Privatangelegenheit Noriegas" sei, zu der die Partei sich nicht äussern müsse.

Eine, die sich traute, das Verhalten der Parteimitglieder in dieser Sache anzugreifen, ist die Journalistin Carolina Vásquez Araya. In ihrer Kolumne in der Zeitung Siglo XXI schrieb sie am 28. Oktober:

"Dass sexueller Missbrauch eines Mädchens eine 'interne Angelegenheit' der Partei sein soll, ist ein absurdes Argument. Auch kann einmal mehr der Versuch beobachtet werden, den Täter zum Opfer zu machen und eine eindeutig strafrechtliche Angelegenheit zu politisieren. Genauso ist es schon im Fall des FSLN-Führers Daniel Ortega in Nicaragua geschehen. Das Phantom der politischen Konspiration ist schon zu oft als Ausrede benutzt worden, um sich vor irgendwelchen Anschuldigungen, seien sie nun real oder erfunden, zu schützen. In einem solchen Fall wird von den Mitgliedern der URNG, die jahrzehntelang die Menschenrechte, die Gleichheit und die Gerechtigkeit auf ihre Fahne geschrieben haben, erwartet, dass sie sich mit Transparenz und Würde der Situation stellen."

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
Tel. 01/ 241 44 43
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntäglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

Frauenorganisationen überfallen

Guatemala, 25. Oktober. Kaum zwei Wochen, nachdem die guatemaltesischen Frauenorganisationen im Rahmen des *Weltmarsches der Frauen 2000* die Beendigung der Gewalt gegen Frauen und eine gerechte Verteilung des Reichtums forderten, wurden die Büros von zwei Frauenorganisationen überfallen. Der jüngste Überfall galt der Organisation *Mujeres - vamos adelante* (Vorwärts Frauen), einige Tage davor wurde bei *Mujeres en Solidaridad* (Solidarische Frauen) eingebrochen.

Die Vereinigung *Mujer - Vamos adelante* wurde von acht bewaffneten Männern überfallen, die sich unter dem Vorwand, sie interessierten sich für die Aktivitäten der Organisation, Zugang zu den Büros verschafften. Dort schlossen sie fünfzehn Mitarbeiterinnen von *Mujer - vamos adelante* in ein Zimmer ein, fesselten einen Mitarbeiter und vergewaltigten eine der Angestellten. Ausserdem raubten sie drei Computer, eine Vi-

deokamera und den Schmuck der Mitarbeiterinnen.

Mujer - vamos adelante arbeitet im Präventionsbereich gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder.

In einer Presseerklärung solidarisierte sich die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC) mit den Frauen. Im Jahr 2000 seien ausserordentlich viele Gewalttaten gegen Frauen verübt worden, hiess es in der Erklärung. Unter anderem wurde an die Entführung der Universitätsprofessorin Mayra Gutiérrez erinnert, die nach wie vor unaufgeklärt ist.

Wenige Tage später, am 31. Oktober, wurde die Anwältin Maura Ofelia Paniagua Corzantes vor ihrer Haustüre erschossen. Sie arbeitete in der Anwaltskanzlei der Universität San Carlos und war spezialisiert auf die Verteidigung von Fällen innerfamiliärer Gewalt.

Ein weiteres Phänomen ist die Ermordung von bisher rund 40 Frauen im

Verlauf dieses Jahres. Es handelt sich dabei um Frauen, die der sozial eher armen Schicht angehören, viele von ihnen sind Arbeiterinnen in den Maquilas. Viele von ihnen wurden vergewaltigt und dann mit dem *tiro de gracia*, einem Schuss in die Schläfe, umgebracht.

Der Direktor der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC), Rudio Leccan Mérida, vertritt die These, dass es sich um einen Serienmörder handelt. Diese Theorie wird jedoch von den Menschenrechts- und Frauenorganisationen angezweifelt. Sie befürchten vielmehr, dass es sich um eine Art soziale Säuberung handelt. Es habe schon in den 70er-Jahren eine Serie von ähnlich ausgeführten Frauenmorden gegeben. Dies sei in einem Moment gewesen, als die Frauenbewegung an Stärke gewann und begann, Tabus und Rollen zu brechen. Die Morde wurden damals als klare Drohung an die Frauen verstanden, die im Begriff waren, sich zu emanzipieren.

Regierung versetzt BäuerInnen

Guatemala, 2. November. Die Regierung hat es offensichtlich doch nicht so ernst gemeint, als sie, erstaunlich rasch, auf die Grossdemonstration der BäuerInnen reagierte und die Einsetzung einer Regierungskommission auf höchster Ebene versprach, um die Landprobleme zu lösen. Zur ersten Sitzung dieser Kommission, die auf den 25. Oktober angesetzt war, waren nebst VertreterInnen der BäuerInnen der Landwirtschaftsminister Leopoldo Sandoval, der Direktor der *Stelle für Landkonflikte* (CONTIERRA), Pedro Palma Lau, der Direktor der *Landfonds* (FONTIERRA), Sergio Mollinedo, sowie die VertreterInnen des *Friedenssekretariats* (SEPAZ), des *Sekretariats für strategische Ana-*

lysen (SAE) und des Sekretariats des Präsidenten, eingeladen. Der einzige, der erschien, war der Arbeitsminister Juan Francisco Alfaro.

Daniel Pascual, Vertreter der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOC), bezeichnete das Verhalten der RegierungsvertreterInnen als respektlos. Um die Probleme der Landbevölkerung zu lösen, brauche es mehr als propagandistische Diskurse und leere Versprechungen, meinte er. Die BäuerInnenbewegung analysiere im Januar 2001 die Fortschritte, die mit der Regierungskommission erarbeitet werden konnten. Sie seien jederzeit bereit, drastische Druckmittel anzuwenden, z.B. einen landesweiten Streik auszurufen,

versicherte Pascual.

Zu einem weiteren Treffen am 31. Oktober, zu dem der Landwirtschaftsminister eingeladen hatte, erschienen die VertreterInnen der CNOC ebenfalls als einzige.

Wo die Minister nicht kneifen konnten, war, als sie vor den Kongress zitiert wurden. Fünf Stunden dauerte die Diskussion zwischen den Kongressabgeordneten und den Vertretern der verschiedenen Institutionen, ohne dass dabei etwas Konkretes herausgekommen wäre. Obwohl Kongresspräsident Efraín Riós Montt klare Vorschläge forderte, beschränkten sich die Diskussionen auf Oberflächlichkeiten wie z.B. die Frage, ob nicht die Höhe der Miete des Gebäudes, in dem der Landfond untergebracht ist, zu hoch sei.

Das Hauptargument der Vertreter der verschiedenen Institutionen war, dass ihre Stellen nicht über genügend Geld verfügten, um die Landproblematik grundsätzlich zu lösen. Sie könnten nicht mehr tun, als 'ein bisschen Land verteilen'. Doch dieses Argument wurde vom Kongress nicht akzeptiert.

Nicht bis im Januar 2001 wollten die BäuerInnen von Santa Clara, Petén, warten, die nach zehnjähriger Verhandlung immer noch nicht mehr erreicht haben, als leere Versprechungen. Mehrere hundert Personen besetzten eine private Finca, bauten ihre Hütten auf dem Land und hoffen nun, damit den nötigen Druck auf FONTIERRA auszuüben.

Landwirtschaftsminister entlassen

Guatemala, 3. November. Präsident Portillo hat dem Landwirtschaftsminister, Leopoldo Sandoval, sowie zwei seiner Vizeminister, Ramiro Herrarte und Julio Hernández, den Rücktritt nahegelegt. Sandoval hat daraufhin sein Kündigungsschreiben eingereicht, es wird befürchtet, dass mindestens Herrarte dies nicht tun wird.

Die Gründe Portillos, den Rücktritt der Funktionäre zu verlangen, sind Machtspiele untereinander, sowie Ungehorsam gegenüber Vorgesetzten.

Die Differenzen zwischen Sandoval

und Herrarte begannen, als ersterer Anfang August dieses Jahres zum Landwirtschaftsminister ernannt wurde und den persönlichen Berater Herrartes, Marlon Alvarado, entliess. Alvarado ist der Sohn von Francisco Alvarado Macdonald, der massgeblich die Wahlkampagne Portillos finanziert und nun einen entsprechenden Einfluss auf ihn hat.

Die erst kürzliche Ernennung Sandovals wurde von den BäuerInnenorganisationen begrüsst und liess Hoffnung schöpfen, dass sich in der Landfrage etwas tun würde.

Alvaro Colom tritt aus der ANN aus

Guatemala, 31. Oktober. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der linken *Allianz Neue Nation* (ANN), Alvaro Colom, gab seinen Rücktritt aus dem Bündnis bekannt. Dieser Entscheid kam nicht ganz unerwartet.

Es sei mehr im Interesse der einzelnen Parteien innerhalb der ANN gehandelt worden statt im Interesse der Nation, begründete Colom seinen Rücktritt. Weiter beschuldigte er die ANN der Unflexibilität, der internen Querelen und der mangelnden Opposition gegenüber der Regierungspartei.

Kaum habe die eine Partei innerhalb der ANN ihre internen Probleme überwunden (damit meinte er die DIA, die

Streitigkeiten wegen eines Wahlverfahrens hatte), beginne die nächste (damit meinte er die URNG und die Anschuldigungen gegen Arnaldo Noriega). Colom bestritt jedoch, dass die Probleme innerhalb der URNG der Grund seines Rücktritts seien.

Er betonte auch, dass er nicht zum Rücktritt gezwungen worden sei. Schon seit März dieses Jahres hat sich Colom dafür eingesetzt, dass andere Gruppierungen der ANN beitreten können. Seine Bemühungen sind jedoch gescheitert, weshalb er vor kurzem die Gruppierung *Demokratische Begegnung der Linken* (Encuentro Democrático de Izquierda) gründete. Nun sei er frei, sich

ganz dem Aufbau dieser Gruppe zu widmen, erklärte Colom. Er hoffe, für diese Partei als Präsidentschaftskandidat für die Wahlen im Jahr 2003 aufgestellt zu werden.

Der Austritt Coloms aus der ANN wird allseits bedauert. Vitalino Similox, der als Vizepräsident zusammen mit Colom kandidierte, versicherte, dass die Partei die Person verliere, die es geschafft habe, die verschiedenen Sektoren zusammenzuhalten.

Er wirft Colom jedoch vor, im falschen Moment gegangen zu sein. Zuerst hätten die internen Probleme der URNG geklärt werden müssen, meinte Similox.

"Wo es Maquilas gibt, gibt es Probleme..."

Guatemala, 24. Oktober. Rund 70 ArbeiterInnen der Maquila TEXPIA. S.A. in Villa Nueva, Guatemala, mussten von der Feuerwehr ins Spital gebracht werden, da sie unter einer Lebensmittelvergiftung litten.

Erst als sie am Montag wieder zur Arbeit gingen und feststellten, dass ihre MitarbeiterInnen unter denselben Symptomen litten, realisierten die Angestellten, dass die Vergiftung vom Essen in der Betriebskantine stammen musste. Der Patron verbot ihnen, während der Arbeit das Gesundheitszentrum aufzusuchen, worauf die ArbeiterInnen über ein Mobiltelefon die Feuerwehr informierten, mit der Bitte, so schnell wie möglich einzelne Leute herauszuholen, die an Dehydrierung litten. Der Besitzer

der Maquila verwehrte der Feuerwehr den Einlass ins Fabrikgelände.

Solche und ähnliche Geschichten sind alltäglich in den Maquilas Zentralamerikas. Laut dem guatemaltekischen Arbeitsminister, Juan Francisco Alfaro, gibt es immer Probleme in den Maquilas. Gegen einige seien Untersuchungen eingeleitet worden, doch leider sei das guatemaltekische Justizwesen zu schwach, erklärte er. Die Arbeitsinspektoren würden monatlich rund 60 Maquilas kontrollieren, meist aufgrund von Anzeigen,

die sie von den ArbeiterInnen oder Gewerkschaften bekommen haben. Das Problem sei aber, dass diese Inspektoren bestechlich seien, schloss Alfaro.

Im Laufe dieses Jahres haben in Guatemala 15 Maquilas ihre Tore geschlossen, im Jahr zuvor waren es 17. Die Gründe dafür sind gemäss der *Handelskammer für nicht-traditionelle Exportprodukte* (AGEXPRONT), unklare Gesetze, zuwenig Anreiz für Investoren und die wirtschaftlich instabile Situation in Guatemala.

Polizeikommissare entlassen

Guatemala, 20. Oktober. Mit der Begründung, sie seien in den internationalen Drogenhandel verwickelt, entliess Präsident Portillo sieben Kommissare der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC). Im offiziellen Kündigungsschreiben wird jedoch dieser Verdacht nicht erwähnt, sondern der Kündigungsgrund ist "Reorganisierung der Institution".

Zur Absetzung empfohlen wurden die sieben Kommissare von Polizeichef Rudio Leccan Mérida. Innenminister Byron Barrientos überbrachte das Anliegen Präsident Portillo. Bereits bei seiner Amtseinsetzung verkündete Leccan Mérida, er werde eine Säuberung innerhalb der Polizeistrukturen durchführen.

Laut Portillo wird es schwierig sein, Prozesse gegen die sieben zu führen. Obwohl sie "einige Informationen" hätten, sei es fast unmöglich, diese Beweise zu belegen. Die einzige Alternative sei, sie von ihren Ämtern zu entheben, erklärte Portillo.

Menschenrechtsorganisationen zweifeln an den wahren Gründen dieser

Entlassungen. Es sei nicht genug, die Kommissare nur zu entlassen, es müsse auch gegen sie ermittelt werden.

"Ginge es wirklich um eine Säuberung derjenigen, die in das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel verwickelt sind, müssten auf allen Regierungsebenen Leute entlassen werden", meinte Miguel Angel Albizuques von der *Allianz gegen Straffreiheit*.

Mit der "Reorganisierung der Institution" ist es wohl nicht sehr weit her, denn bereits eine Woche später wurden sechs neue Kommissare ernannt. Pikanter Detail: Einer von ihnen wird der Unterschlagung von Geldern beschuldigt.

Sicherlich Teil der besagten Reorganisation ist die Anschaffung eines Helikopters für die PNC, dessen Aufgabe die "Verhinderung von Lynchmorden" ist. Bei einer ersten Übung mit dem neuen Spielzeug wurde ein Lynchmord simuliert, der Wunderhelikopter kam angefliegen und hat das Opfer mit einem "Spezialapparat" den Händen seiner PeinigerInnen entrissen...

Ex-KämpferInnen gründen Maquila

Quetzaltenango, 25. Oktober. Die vor kurzem eröffnete Maquila in San Miguelito, Genova, bietet Arbeit für rund zwanzig Personen, wovon einige ehemalige KämpferInnen der URNG sind. Das Projekt ist Teil des von der Europäischen Union finanziell unterstützten Wiedereingliederungsprogramms für Ex-KämpferInnen, PAREC.

Ziel des Projektes in San Miguelito ist einerseits die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Gemeinde und zum andern, ein Gemeinschaftsprojekt der ganzen Bevölkerung zu unterstützen und so konkret etwas zur Integration der Ex-KämpferInnen in die Dorfstrukturen beizutragen.

Unbefriedigende Gesetzesvorlagen

Guatemala, 4. November. Um wenigstens ein Minimum ihrer Wahlversprechen noch dieses Jahr zu erfüllen, setzt die Regierungspartei FRG alles daran, vor Jahresende noch ein paar Gesetze zu verabschieden. Darunter das Wahlgesetz, da schon bald wieder die Vorbereitungen für den nächsten Wahlkampf beginnen, das Waffengesetz, das Gesetz zum Schutz der KonsumentInnen und ein paar andere.

Die Bedenken der Menschenrechts- und Volksorganisationen sowie der linken PolitikerInnen im Kongress sind, dass durch die Eile, mit der die Gesetze nun behandelt werden, nicht wieder gut zu machende Irrtümer gesetzlich verankert werden. Ebenso befürchten sie, dass Gesetze verabschiedet werden, die den Friedensabkommen widersprechen.

Z.B. das neue Waffengesetz: Der vom FRG-Abgeordneten Gustavo Lang eingereichte Vorschlag will das Mindestalter zum Erwerb und Tragen einer Waf-

fe von 25 Jahren auf 18 Jahre heruntersetzen. Die Begründung: Mit 18 Jahren erreicht man in Guatemala die Volljährigkeit und ist berechtigt zu heiraten, Häuser und Grundstücke zu kaufen und zu verkaufen - weshalb also nicht auch, Waffen zu kaufen und zu tragen?

Die GegnerInnen argumentieren damit, dass Guatemala eine ausserordentlich gewalttätige Gesellschaft sei, die erst vor kurzem einen bewaffneten Konflikt beendet habe. Die Werte, nach denen sich die Gesellschaft richte, sei noch weit entfernt von einer Kultur des Friedens, heisst es. Weiter stellen sie fest, dass gerade bei männlichen jungen Erwachsenen das Tragen einer Waffe Teil ihrer Identifikation als Macho sei, was ja nicht unbedingt unterstützt werden müsse.

Z.B. das neue Wahlgesetz: Vorgeschlagen wird, in Zukunft den Parteien 10 Quetzales (ca. 0.75 US-\$) statt wie bisher nur 2 Quetzales pro erhaltener WählerInnenstimme zu bezahlen. Weiter muss eine Partei neu 5% statt wie bisher 4% der gesamten Stimmen auf sich vereinen, um nach einem Wahlprozess als Partei weiterbestehen zu können. In diesen Punkten waren sich die verschiedenen Parteien einig. Einig war man sich auch bei der Ablehnung einer Quotenregelung für Frauen und Indígenas. Jorge Arévalo, Leiter der vorberatenden Kommission des Kongresses, erklärte dazu: "Wir können keine Quotenregelung einführen. Wenn wir einmal damit beginnen, müssten wir für jeden Sektor eine Quote einführen, sogar für die Schuhmacher."

Uneinigkeit herrscht jedoch in der Frage des Platzes in den Medien, den

die Parteien für ihre Kampagne einnehmen dürfen. Ebenso darüber, ob die Regierung am Wahltag Gratistransport zur Verfügung stellen muss und über die Mindestanzahl der eingeschriebenen Mitglieder, die eine Partei haben muss.

Der weitaus umstrittenste Punkt ist die Rolle des *Obersten Wahlgerichts* (TSE). Gefordert wird, die Amtszeit der Mitglieder des TSE von sechs auf vier Jahre zu reduzieren. Ausserdem soll die Autonomie dieser Behörde eingeschränkt werden.

Félix Castillo Milla, Präsident des TSE, lehnt die Änderungsvorschläge rundweg ab. Eine Neuwahl der Mitglieder des TSE alle vier Jahre wäre viel zu stark von der jeweiligen politischen Konjunktur abhängig, erklärte Castillo Milla, damit wäre auch die Unabhängigkeit dieser Instanz gefährdet. Weiter kritisiert er, dass der TSE nicht eingeladen wurde, an der Ausarbeitung des neuen Gesetzesentwurfs mitzuarbeiten.

Die Tatsache, dass das *Oberste Wahlgericht*, genau wegen seiner relativen Autonomie, das Vertrauen der Bevölkerung geniesst, hat eine Solidaritätswelle innerhalb der Zivilgesellschaft ausgelöst.

An einer gemeinsamen Pressekonferenz haben VertreterInnen der *Lateinamerikanischen Fakultät für Sozialwissenschaften* (FLACSO), die Menschenrechtsorganisation CALDH und die *Acción Ciudadana* dem TSE ihre Unterstützung versichert und eigene Vorschläge für ein neues Wahlgesetz präsentiert.

Das Ziel des Kongresses ist, bis Ende November das Wahl- und das Waffengesetz zu verabschieden.

Kubanische ÄrztInnen geehrt

Guatemala, 27. Oktober. Die rund 450 kubanischen ÄrztInnen, in der Mehrheit Frauen, die seit dem Hurrikan Mitch in Guatemala arbeiten, wurden vom guatemalteckischen Menschenrechtsprokurator für ihren Einsatz ausgezeichnet. In den vergangenen zwei Jahren wurde etwa ein Viertel der guatemalteckischen Bevölkerung von den kubanischen ÄrztInnen, behandelt.

Der guatemalteckische Gesundheitsminister, Mario Bolaños, lobte die Arbeit der KubanerInnen wegen ihrer guten Qualität und ihrer Effizienz. Sie würden in Gebiete vordringen, wo keine guatemalteckischen ÄrztInnen hinkämen, erklärte er.

Der kubanische Botschafter Dámodar Peña erklärte gegenüber der Presse, dass sein Land daran interessiert sei, diese Unterstützung weiterzuführen.

Die einzigen, die sich nicht über die Anwesenheit der kubanischen ÄrztInnen freuen, ist die guatemalteckische Ärztekammer. Diese leitete ein Verfahren gegen die kubanischen KollegInnen ein, mit der Begründung, sie arbeiteten ohne die Bewilligung der medizinischen Fakultät der Universität San Carlos und würden ihren Beitrag an die Ärztekammer nicht entrichten. Bei diesen Beiträgen geht es um 85'000 Quetzales (ca. 11'000 US-\$).

La Voz del Pueblo - neue Monatszeitschrift

Petén, 25. Oktober. Die erste Nummer der Monatszeitschrift *La Voz del Pueblo* (die Stimme des Volkes), ist erschienen. Dabei handle es sich um ein gemeinsames Projekt der Volksorganisationen des Petén, erklärte Haroldo Waxenecker vom *Zentrum für partizipative Erziehung und Forschung* (CIEP). An der Herausgabe der Zeitung beteiligt sind die Widerstandsdörfer (CPR), die *Beratende Versammlung der entwurzelten Bevölkerung* (ACPD), die Demobilisierten KämpferInnen der URNG, die in der Kooperative *Nuevo Horizonte* leben, CIEP und andere.

Das Hauptthema der ersten Num-

mer sei die Oktoberrevolution, erklärte Waxenecker. In den nächsten Ausgaben würden Themen wie die Landfrage, die Erziehung, die Gesundheit und andere Themen behandelt, die von regionalem und nationalem Interesse sind.

In *La Voz del Pueblo* hat jede am Projekt mitbeteiligte Organisation Platz zur Verfügung, um über ihre aktuellen Themen zu berichten. Die Zeitschrift steht aber auch allen andern Volksorganisationen des Petén zur Verfügung, damit sie über ihre Aktivitäten informieren können. Damit hoffe man auch, eine möglichst breite LeserInnenschaft zu erreichen, schloss Waxenecker.